

## Antrag der Kreissynode Henneberger Land betr. Stellungnahme zur Lage in der Ukraine

Die Landessynode möge beschließen:

Die Landessynode beschließt folgende Stellungnahme:

In den letzten Wochen hat sich die Lage in der Ukraine und auf der Halbinsel Krim dramatisch zugespitzt. Es kommen Denk- und Handlungsmuster zum Vorschein, die wir längst überwunden glaubten. So wird die Welt, wie im kalten Krieg, in einen westlichen Einflussbereich und einen russischen Einflussbereich eingeteilt. Beide Einflussbereiche streben eine Ausweitung an. Eine aggressive Sprache auf beiden Seiten und die Verhängung von Sanktionen führen zu immer größeren Spannungen. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung wird immer größer. Sowohl die russische Seite, als auch die NATO verfügen über ein großes Arsenal an Atomwaffen. Der Einsatz dieser furchtbaren Waffen erscheint im Angesicht dieses Konfliktes wieder möglich.

Bereits auf der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR im Jahr 1988 sagten unsere Kirchen: Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen\*. Angesichts des heutigen Konfliktes bekräftigen wir dieses Bekenntnis. Der Glaube an die Macht der Gewalt ist ein Irrglaube. Der Einsatz von Waffengewalt führt nicht zum Frieden.

Der Weg zum Frieden führt über das Verständnis der gegnerischen Seite. Diplomatie heißt auch mit den Augen des Feindes zu sehen (Henry Kissinger). Wir fordern die Bundesregierung auf, dazu beizutragen das alte Blockdenken zu überwinden. Die Sprache unserer Diplomatie soll auf Mäßigung und Ausgleich der Interessen, statt auf Eskalation setzen.

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 hat sich Bundespräsident Joachim Gauck dafür ausgesprochen, dass Deutschland seine Verantwortung in der Welt stärker wahrnimmt.

Wir fordern, dass Deutschland seine Verantwortung in der Welt wahrnimmt, indem es friedensstiftende gewaltfreie Organisationen und Projekte finanziell stärkt. Das international anerkannte Prinzip der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) ist kritisch zu hinterfragen. An seine Stelle muss ein auf internationalem Recht basierendes System der Friedenssicherung treten. Die westliche Wertegemeinschaft kann ein solches Friedenssystem nur dann entwickeln und fordern, wenn das eigene Handeln tatsächlich und glaubhaft von den gemeinsamen Werten bestimmt wird.

Zu oft zielt das Handeln der westlichen Staaten auf die Durchsetzung der eigenen Wirtschaftsinteressen.

Besonders der ausufernde Waffenexport auch in die Krisengebiete der Welt untergräbt alle Friedensbemühungen. Wir fordern nochmals eine strikte Einhaltung der Waffenexportrichtlinien der EU, die weitere Verschärfung dieser Richtlinien und letztendlich ein völliges Waffenexportverbot.

In der Neujahrspredigt im Jahr 2010 hat die damalige EKD Ratspräsidentin Margot Käßmann mit dem Satz „Nichts ist gut in Afghanistan“ eine breite kontroverse Debatte ausgelöst. Von Seiten ihrer Kritiker hielt man dies für „ein hochmütiges in jeder Hinsicht falsches Pauschalurteil“ (Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann). Heute steht die Bundeswehr kurz vor dem Abzug aus Afghanistan. Sie hinterlässt ein zutiefst zerrissenes und verunsichertes Land. Der aktuell erschienene EKD-Text „Selig sind die Friedfertigen“ zum Einsatz in Afghanistan bestätigt, dass „das erforderliche friedens- und sicherheitspolitische Gesamtkonzept unter dem Primat des Zivilen fehlte.“

Ein grundlegendes Umdenken ist nötig. Angesichts der historischen Verantwortung unseres Landes muss Deutschland seine Rolle in der friedlichen zivilen Vermittlung zwischen den Konfliktparteien einnehmen. Wir fordern die Bundesregierung auf, für das erklärte Ziel der zivilen Konfliktbearbeitung tatsächlich die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen.